Preis 15 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Das **Hamburger Echo** erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen. **Bezugspreis:** Im voraus zahlbar: Monatlich **2,50** Mk. (einschließlich 0,56 Mk. Zustellungsgebühr), wöchentlich **0,60** Mk. (einschließlich 0,13 Mk. Zustellungsgebühr) Für Abholer wöchentlich **0,55** Mk. Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld.
Redaktion: Fehlandstraße 11, I. Fernsprecher: (S. 2) Elbe 1691 und 1693.
Verantwortlicher Redakteur: **Paul Bugdahn, Altona.**
Buchhandlung: Fehlandstraße 11, Erdgesch. Fernsprecher: (S. 2) Elbe 6620.
Buchdruckereikontor: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: (S. 2) Elbe 6620 u. 6621.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark: die 13 gespaltene Nonpareillezeile **45** Pf. **Private Familienanzeigen 30** Pf. **Stellenangebote 35** Pf. **Stellengesuche 25** Pf. **Kleine Anzeigen** bis 9 Zeilen die Zeile **30** Pf., 10 bis 15 Zeilen die Zeile **35** Pf. **Reklamezeile 3.50** Mk.
Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.
Anzeigenannahme Fehlandstr. 11 (Fernspr.: Elbe 1694), Hochpart. (**bis 6 Uhr abends für den folgenden Tag**), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncenbureaus. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich

Nummer 201 — **Sonnabend, 23. Juli 1927** — **53. Jahrgang**

Den deutschnationalen Freunden Seipels zur Gedächtnisstärkung!

Die Freigabe des Burgenlandes. / Der verratene Anschluß. Einheitsfront mit Ungarn, Italienern und Franzosen.

Die Sturmtage von Wien haben in ganz Deutschland leidenschaftliche Anteilnahme gefunden, und die Rechtspresse hat die Gelegenheit auszunutzen versucht, in der niederträchtigsten Weise gegen die Wiener Sozialdemokratie und die Sozialdemokratie überhaupt zu hetzen. Daß sie dabei von den Kommunisten weidlich unterstützt wurde, wird niemand verwundern, und es sei daher auch nur nebenher erwähnt. Es ist kaum nötig, auf diese Sinkflut gedruckten Schmutzes besonders einzugehen; selbst dann nicht, wenn es sich um die stinkenden Ausbrüche der Hamburger Nachrichten handelt. Wären Verleumdungen und Beschimpfungen geeignete Waffen gegen die Sozialdemokratie, lebte sie längst nicht mehr. Auch die neueste Hetze, die sich zur Abwechslung einmal nicht nur gegen Organisationen, sondern auch gegen Personen richtet, wie gegen Otto Hörsing, kann man geruhig, wie alles bisherige, zur Seite legen.

Dennoch ist aus sachlichen Gründen der neueste Vorstoß gegen Hörsing nicht ohne Interesse. Die eifrige Verteidigung, die die rechtsradikale Regierung Seipel bei unsern „nationalen" Parteien gefunden hat, wirft ein höchst eigenartiges Licht auf den „nationalen" Charakter eben dieser Parteien. Das Gedächtnis unserer nationalen Deutschen ist schon immer verdammt kurz gewesen, aber so kurz sollte es doch nicht sein, um

die Rolle des Herrn Seipel, und vor allem die seiner Partei in Sachen der Verteidigung des Deutschtums, in Sachen des Anschlusses, in Sachen der nationalen Einigung aller Deutschen

in einer großdeutschen Republik vergessen zu machen. Die Verteidigung der Seipelregierung, seiner Partei und des ganzen christlich-sozialen Regimes in Deutsch-Oesterreich durch die Deutschnationalen enthüllt, wie kaum ein anderes Beispiel, die Verlogenheit der „nationalen" Phrase, die bei diesen Leuten üblich geworden ist. Der Anlaß ist da, die ganze lange Kette schmutziger Intrigen gegen den Anschlußgedanken in Erinnerung zu bringen, die die christlich-soziale Partei und ihr hochwürdiger Chef Seipel in den letzten Jahren hinter sich hergeschleift hat. Der Anlaß ist da, an den ganzen Wust abenteuerlicher Pläne zu erinnern, die der österreichische Klerikalismus zusammen mit ungarischen und bayrischen Monarchisten und französischen Militaristen zum Schaden der deutschen Sache in den Donauländern verfolgt hat.

Es ist ein bedeutungsvoller Zufall, daß der äußere Anlaß zu den jetzigen Auseinandersetzungen jene Bluttat im Burgenlande ist, desselben Burgenlandes, dessen Deutschtum durch die christlich-soziale Regierung Schober im Jahre 1921 verraten wurde. Erinnert man sich nicht mehr jener verzweifelten Kämpfe, die der Oesterreichische Republikanische Schutzbund mit der Waffe in der Hand damals gegen die ungarischen Faschistenbanden eines Stephan Friedrich und Hedjas führte, jener blutigen und ruhmreichen Kämpfe, in denen die im Vertrag von St. Germain festgesetzte Grenze gegen Ungarn, gegen die Räuberbanden des „Erwachenden Ungarn" verteidigt wurde?

Erinnert man sich nicht mehr jener Konferenz von Venedig am 13. Oktober 1921, wo die Christlich-Soziale Partei Oesterreichs den Erfolg dieser Kämpfe preisgab, da sie die im Friedensvertrag feierlich festgestellte Grenze auf italienisches Drängen hin zugunsten Ungarns revidieren ließ?

Das Gedächtnis unserer nationalen Herren ist kurz, man muß ihm nachhelfen. War es nicht erst noch voriges Jahr, daß der hochwürdige Prälat Seipel jenen denkwürdigen Vortrag in der Sorbonne zu Paris hielt, in dem er die These verteidigte, daß Staat und Nation keineswegs identisch seien, daß also, um es auf deutsch zu sagen, die Rückkehr Deutsch-Oesterreichs in den Deutschen Reichsverband keine Angelegenheit sei, die der Christlich-sozialen Partei und Herrn Seipel irgendwelche Kopfschmerzen bereitete. Die damaligen Ausbrüche der nationalen Presse gegen Seipel seien unvergessen. Es muß mit aller Klarheit daran erinnert werden, daß

Seipel und seine Partei in den ganzen letzten Jahren gemeinsame Sache mit allen erbittertsten Gegnern des Deutschtums gemacht haben,

daß er im engsten Zusammenhang mit jenen hochverräterischen Plänen stand, die auf eine Loslösung Bayerns vom Deutschen Reichsverbande hinzielten. Die Politik des österreichischen Klerus, die Politik der christlich-sozialen Partei, die Politik Herrn Seipels war seit den Umsturztagen fortdauernd auf die Zertrümmerung des Anschlußgedankens gerichtet, und um dieses Zieles willen haben sie vor keiner Intrige, vor keinem Verrat, vor keinem schmutzigen Betrug zurückgeschreckt.

Was war doch, um es positiv zu sagen, das politische Ziel der Christlich-sozialen Partei? Man braucht nur jene erbärmliche Wiener Presse in den Jahren 1920/22 zu lesen, die Herrn Seipel und seinen abenteuerlichen Plänen die journalistischen Helfersdienste geleistet hat. Das Schlagwort, das damals auftauchte, sollte kein Deutscher vergessen und dazu nicht die furchtbaren Gefahren, die in der politischen Verfolgung dieses Schlagwortes über Deutschland und die deutsche Sache hereinbrachen. Derselbe Seipel und dieselbe Partei, die heute von den Deutschnationalen gedeckt werden, haben die ganzen letzten Jahre verbraucht mit der Erkämpfung eines politischen Zieles, das als

„Donaukonföderation"

eine miserable Berühmtheit erlangt hat. Seipel und seine Leute haben den Anschluß nicht gewollt, sie haben ihn bekämpft und sie haben sich in Verbindung mit allen internationalen Kräften gesetzt, die ihn unmöglich machen wollten und schließlich auch unmöglich gemacht haben. Was Seipel wollte, war etwas anderes. Er dachte an die Wiederaufrichtung des alten Habsburgischen Donaustaates in einer neuen Form, an die Zusammenfassung der sogenannten Nachfolgestaaten in einen losen Staatenbund, der den Namen Donaukonföderation tragen sollte, er dachte an die Einbeziehung Bayerns in diesen Bund und er arbeitete mit Italienern und Franzosen einträchtig zusammen, um zu diesem Ziel zu gelangen. Um der Donaukonföderation willen haben Seipel und seine Leute

einen beträchtlichen Teil des deutschen Burgenlandes auf der Konferenz von Venedig an Ungarn ausgeliefert,

um der Donaukonföderation willen hat er in den schlimmsten Tagen der deutschen Republik, da Bayern auf dem Sprung stand, den Deutschen Reichsverband zu verlassen, mit hochmögenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei, vor allem aber mit der bayerischen Königspartei des Grafen Bothmer, gemeinsame Sache gemacht. Mit Seipels Wissen und Willen wurden die hochverräterischen Pläne der Leute um Kahr und Rupprecht von Wittelsbach verfolgt. Seine Leute waren es, die zusammen mit dem sattsam bekannten französischen Gesandten in München, Dard, zusammen mit den Escherich und Konsorten an einer Einheitsfront gegen das „bolschewistisch verseuchte" übrige Deutschland arbeiteten. Von Bayern aus liefen die Fäden zu dem „Integralen französischen Nationalismus", zu Leuten, wie Maurice Barrès, Daudet und Charles Maurras in Paris, von dort aus weiter zu dem rheinischen Separatismus eines Matthes und Dorten. Mit dem Plan der Donaukonföderation stand im engsten Zusammenhang der von Frankreich lebhaft geförderte Gedanke einer

Wiederauferstehung des Rheinbundes

und was dergleichen tolle und verbrecherische Pläne mehr sind. In österreichischen und bayerischen Klöstern wurden die Waffen gesammelt, die beim Putsche des Herrn Kahr 1923 gegen Berlin losgehen sollten. Der Außenminister Mattaja des Herrn Seipel stürzte im Jahre 1926, als er es gar zu weit trieb, und zusammen mit den italienischen Faschisten den Gedanken einer österreichisch-italienischen Zollunion diskutierte. Wenn diese fürchterlichen und niederträchtigen Pläne nicht Wirklichkeit wurden, so ist das nicht die Schuld des Seipels und seiner Partei gewesen.

Diesen Mann und diese Partei und dieses Regime verteidigen heute die Deutschnationalen und ihre Gefolgsleute; sie bekennen sich damit zu einer politischen Richtung, die die Vernichtung der deutschen Reichseinheit, die Preisgabe des Deutschtums in Oesterreich, die Verbindung mit ungarischen und italienischen Faschisten, die Verbindung mit französischen Militaristen und Separatisten, sich zum Ziele gemacht hatte. Man muß an all das erinnern. Selbst deutschnationale Verlogenheit hat kurze Beine. Arm in Arm mit Seipel und seiner Partei stehen sie heute so da, daß jeder, der sehen will, ihre nackte Erbärmlichkeit erkennen kann. Mit jedem Feind des Reiches, mit jedem Feind des nationalen Gedankens Schulter an Schulter, wenn es gilt, einen unbequemen Gegner zu bekämpfen. Saubere Herren, die Herren Deutschnationalen!

Erhöhung der Postgebühren.

Fernbrief 15 und 30 ₰, Ortsbrief 8 ₰, Drucksachen 5 ₰.

Der Verwaltungsrat der Reichspost beschloß am Freitag, das Briefporto im Ortsverkehr auf 8 ₰ festzusetzen. Der Brief im Fernverkehr soll entsprechend dem Antrag des Arbeitsausschusses 15 ₰, über 20 bis 250 Gramm 30 ₰, über 250 bis 500 Gramm 40 ₰ kosten. Drucksachenkarten, auch mit anliegender Antwortkarte, sollen einer ermäßigten Gebühr von 3 ₰ unterliegen. Im übrigen blieb es für das Drucksachenporto bei den Vorschlägen des Arbeitsausschusses, nämlich 5 ₰ bis 50 Gramm. Auch die andern Portoveränderungen wurden entsprechend den Vorschlägen des Arbeitsausschusses beschlossen. Vergeblich hatten die sozialistischen Mitglieder des Verwaltungsrates sich gegen die Erhöhungen eingesetzt, und zwar mit den Gründen der Eingabe der Gewerkschaften.

Der Rest der Vorlage soll am heutigen Sonnabend erledigt werden. Postminister Schätzel begründete die gesamte Vorlage so: Es sei ein ungekürzter Mehrbedarf von 427 Millionen Reichsmark festgestellt, zu dessen Deckung die Erhöhung der Gebühren 208 Millionen Mark erbringen solle, während der Rest von 219 Millionen Mark durch Rationalisierungsmaßnahmen und Heranziehung der Reserven gedeckt werden soll. Außerdem soll für dauernde Anlagen auf dem Wege der Anleihe ein Betrag von 170 Millionen Mark verfügbar gemacht werden. Der Postbetrieb sei in kaufmännisch-wirtschaftlicher Weise umgestellt worden, die Ausgaben seien heute schon oft über die Grenze des Ertragbaren hinaus abgedrosselt. Ohne Gebührenerhöhung würden unter anderm auch die Mittel zu einer Besoldungserhöhung fehlen. Die Deutsche Reichspost hole mit der Gebührenerhöhung lediglich den Angleich an den allgemeinen Preisstand nach.

Streit Reich-Preußen.

Keudell in der Geheimkammer. / Attacke gegen Hörsing.

Der Streit wegen Badt wird heute im Geschäftsordnungsausschuß des Reichsrats verhandelt, es ist dafür besondere Vertraulichkeit proklamiert. Selbstverständlich im Interesse des Ministers von Keudell. Das Ergebnis soll erst in der ersten öffentlichen Reichsratssitzung nach den Ferien, also in der ersten Septemberhälfte, bekanntgegeben werden. Keudell hat inzwischen rechtsstehenden Blättern einen Aufsatz als Rechtfertigungsversuch zugeleitet; soviel wir sehen, hat jedoch nur Hugenbergs Tag einen Auszug gebracht, die Deutsche Zeitung ihn ganz abgedruckt. Teilnehmendes Verständnis und Beihilfe findet Keudell, der Minister für Verfassungsschutz, also nur in Putschistenblättern.

Zur Kundgabe der Reichsregierung gegen Hörsing und zu dessen Aufruf wird das preußische Kabinett erst Ende nächster Woche Stellung nehmen. Inzwischen versuchen rechtsstehende Zentrumsleute, die ganz und gar mit Seipel und seinen Christlichsozialen fühlen, die Sache auf eine andere Karre zu laden. Sie fanden gefällige Blätter, darunter das Hamburger Fremdenblatt, um zu verkünden, es würden auf der für morgen einberufenen Reichsausschußsitzung des Reichsbanners Zentrumsmitglieder zum Ausdruck bringen, daß Hörsing von der Leitung des Reichsbanners zurücktreten möge. Der SPD. dagegen sagt: Otto Hörsing wird sein innerstes Wesen und sein Temperament nicht dem Amt aufopfern. Er klebt nicht am Amt. Ihm steht die Sache der Republik über alles, und er wird ihr in freiwilliger Wahl dort dienen, wo er ihr seinem Temperament gemäß am freiesten und kräftigsten ungehemmt Ausdruck verleihen kann!

Unsern gestrigen Betrachtungen sei nachgeschickt, daß Reichskanzler Marx (wie auch Stresemann) fern von Berlin in den Ferien weilt. Haben vielleicht die drei deutschnationalen Minister gerade die Abwesenheit von Marx und Stresemann benutzt, um den Konflikt mit Preußen zu verschärfen?

Staatsbeute der Standesherren.

Preußens Flucht in die Oeffentlichkeit.

Das Scheitern des Volksentscheids gegen Fürstenabfindung und das Versagen des Blockreichstages hat zur Folge, daß jetzt auch die Nachkommen längst entthronter Fürstenfamilien die Hand aufhalten und von den Ländern Zahlungen fordern; sie vertrauen auf die deutsche Justiz, die ja auch den 1918 davongejagten Fürstenfamilien sich hold erwies. Seit 1924 mußte Preußen an die depossedierten Fürsten und ehemaligen Standesherren auf Grund der nun einmal bestehenden Verträge

rund 2¼ Millionen Reichsmark zahlen.

Das ist auch der Reichsregierung bekannt. Schon seit Monaten versucht Preußen unter Hinweis auf die geradezu unerhörten Forderungen, eine reichsgesetzliche Regelung der Ansprüche herbeizuführen, ohne daß das bisher geglückt wäre. Immer noch schweben Verhandlungen über die Regelung, bei denen die Bürgerblockregierung gewissermaßen als der Anwalt der depossedierten Fürsten und Standesherren gegen die preußische Regierung auftritt.

Auf Grund einer im Landtag gestellten Anfrage veröffentlicht der preußische Finanzminister die Höhe der einzelnen Ansprüche in Papiermark und kurz ihre Begründung in folgender Zusammenstellung der an depossedierte Fürsten und ehemalige Standesherren zu zahlenden Jahresrenten:

1. **„Hoheitsrenten",**
   zugesichert für den Verlust der Landeshoheit:
   a) dem Chef des Hauses Hessen-Rumpenheim, der jetzigen Hauptlinie des vorm. reg. kurhessischen Fürstenhauses (V. mit Preußen vom 26. 3. 1873) . . . . . 606 720 PM
   b) dem Chef des Hauses Hessen-Philippsthal einer Nebenlinie des vorm. reg. kurhessischen Fürstenhauses (V. mit Preußen v. 13. 12. 1880, preuß. G. v. 16. 3. 1881) . . 300 000 „
   c) dem Fürsten von Hohenzollern (V. mit Preußen vom 7. 12. 1849) . . . . . 75 000 „
2. **„Standesherrliche Renten",**
   zugesichert für den Verzicht auf den durch Art. XIV der Wiener Bundesakte vom 8. 6. 1815 gewährleisteten und im Anschluß daran in den deutschen Ländern durch Landesgesetze geregelten „Standesherrlichen Zustand":
   a) dem Fürsten zu Salm-Horstmar (V. mit Preußen vom 8. 2. 1829) . . . . . 60 000 „
   b) dem Fürsten zu Salm-Salm (V. mit Preußen vom 28. 10. 1824 u. 28. 6. 1831) 58 170 „
   c) dem Herzog von Arenberg (V. mit Preußen vom 29. 11. 1824) . . . . . 40 500 „
   d) dem Herzog von Crey (V. mit Preußen vom 28. 2. 1827) . . . . . 18 000 „
   e) dem Fürsten von Rheina-Wolbeck (V. mit Preußen vom 20. 10. 1824) . . . . . 3 700 „
   f) dem Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg (V. mit Preußen v. 16. 3. 1821, 14. 7. 1828 und 22. 5. 1834) . . . . . 14 000 „
   g) dem Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (V. mit Preußen v. 6. 5. 1828, 7. 2. 1846 und 5. 5. 1865) . . . . . 12 300 „
3. **„Reichsschlußmäßige" oder „Rhein-Oktroirenten",**
   zugesichert für die Abtretung linksrheinischer Hoheitsgebiete an Frankreich im Jahre 1801 durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. 2. 1803:
   a) dem Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg . . . . . 25 700 „
   b) dem Grafen von Leiningen-Westerburg j. L. 11 300 „
4. **„Regalien-Renten",**
   zugesichert für den Verlust nutzbarer Regalien (z. B. der Posthoheit, der Zollhoheit, des Rechts auf Abgaben und Dienste der Untertanen, des Judenschutzes, der Patrimonialgerichtsbarkeit, der Leibeigenschaft als solcher, des Rechts zum Sammeln von Lumpen):
   a) dem Fürsten zu Wied (V. mit Preußen v. 19. 8. 1820 und 29. 11. 1821) . . . . 45 000 „
   b) dem Fürsten zu Wied und dem Erzherzog Stephan von Oesterreich (Erl. des Herzogs von Nassau v. 24. 3. 1817, 12. 4. 1817, 9. 3. 1819 u. 5. 5. 1819), abgetreten 1821 und 1831 an das Bankhaus von Rothschild, 1829 und 1832 an die 5 Töchter der Gräfin von Reichenbach (Gemahlin des Kurfürsten Wilhelm II. von Hessen), vererbt auf deren 34 Nachkommen . . . . . 38 800 „
   c) dem Grafen von Leiningen-Westerburg j. L. (Erl. des Herz. von Nassau v. 20. 10. 1817) 9 100 „
   d) dem Fürsten Solms-Hohensolms-Lych (Erl. des Herzogs von Nassau v. 1817) . . . . 7 600 „
   e) dem Herzog von Arensberg (Erl. des Königs von Hannover vom 19. 8. 1825) . . . . . 10 700 „
   f) dem Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg (V. mit Preußen vom 26. 6. 1838) 6 000 „
   g) dem Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (V. von Preußen vom 6. 5. 1828) . 10 200 „
   h) dem Fürsten zu Bentheim-Steinfurt (V. mit Preußen vom 5. 12. 1843) . . . . . 1 500 „

Copyright by Paul Zsolnay Verlag, Berlin, Wien, Leipzig.

Die Geburtsstunde des Friedens.

Von Henry Poulaille.

[12]

Am nächsten Tage und auch an den folgenden wollte er nicht aufstehen, begnügte sich zu den Mahlzeiten mit einer Kruste Brot und einem Stück Käse, aß nur, um sich zu ernähren und nur deshalb, weil er in die Heimat wollte, um seine Aufgabe zu erfüllen — er wußte, welche!

Nachher . . . Nachher . . .

Er wußte nicht, was daraus werden würde, aber er dachte nicht daran, was nachher sein würde.

Er war krank geworden.

„Das Beste ist," hatte der Major gesagt, „ihn nach Hause zu schicken. Er leidet an einer Krankheit des Gemütes!"

„Wenn man ihm einen Urlaub gäbe, der ihn vom Militärdienst befreit," schlug er vor. Im übrigen hatte er ein Anrecht auf einen Gesundheitsurlaub.

Der Hauptmann hatte diesen unterzeichnet.

So reiste Buteau ab, einige Monate früher, als seine Zeit um war.

Er war nach seinen Cevennen gereist.

Die Kameraden stellten untereinander Vermutungen an.

Er wird Dummheiten machen."

„Er wird seine Frau umbringen. Da er fort ist, wird ja der Hauptmann von ihm zu hören bekommen. Er hätte es sich auch denken können."

Es vergingen indes vierzehn Tage, und man erfuhr nichts.

Magneux zog auf seine Weise die Moral aus dieser Geschichte.

„Er war nur zu froh, hier loszukommen, und spielte den Dummen mehr als nötig, das war er ja so wie so nicht zu knapp, aber wenn diese „Stöffel" erst mal loslegen, so sind sie uns Parisern weit über. Die verstehn's!"

„Er gräbt jetzt die Erde um, „seine" Erde, und wir graben noch im Dreck. — So verhält es sich in Wahrheit."

Wochen und Wochen vergingen. Magneux, wie alle seine Kameraden, beklagte sich, daß sie so lang waren, dennoch verstrich die Zeit, und der Augenblick rückte heran, an dem man „man selber" sein würde.

Man sollte bald frei werden.

Ganz plötzlich war ihm der Gedanke gekommen, das Leben mit seiner Frau wieder aufzunehmen — zu versuchen, es wieder aufzunehmen.

Sie waren einen Monat vor dem Kriege auseinandergegangen, nachdem sie ein halbes Jahr zusammen gelebt hatten. Sie hatten einander nicht verstehen können.

Sie war zu ihren Eltern zurückgegangen, die im Departement Oise wohnten.

Magneux war nämlich ein gewaltiger Querkopf und sie war ein schnippisches Ding. Einen Monat lang waren sie beide glücklich gewesen, dann hatten die Streitereien angefangen, und zuletzt hatte es Schläge gegeben.

Ihre Schuld war es gewesen: er trank ein wenig, besuchte Versammlungen. Er war auch nicht immer pünktlich zu den Mahlzeiten — da hatte sie den Entschluß gefaßt, nicht mehr zu kochen. Sie hatte es nicht verstanden, ihn zu nehmen. „Sie hat nicht die nötige Geduld gehabt," dachte er.

Als man ihn einberufen hatte, war er zu seinem Bataillon eingerückt, ohne seiner Frau Lebewohl zu sagen — in der Genugtuung eines blöden Stolzes! Es hatte ihn ein wenig verdrossen, die arme Jeanne nicht noch einmal zu sehen, denn würde er sie überhaupt noch einmal wiedersehen? . . . Aber die Matignons aufsuchen, seine Schwiegereltern . . . ah! nein, gefehlt!

Als er bei seinem Truppenteil angelangt war, hatte er dennoch an Jeanne geschrieben und sich so gut, als er konnte, entschuldigt . . . Sie hatte ihm kalt geantwortet. Nur ein paar Worte. Aber sie hatte geantwortet. Von da an hatten sie einander hin und wieder geschrieben.

Heute abend lag er nun in seinem Bett und konnte nicht einschlafen. Dennoch war er ganz ruhig. Er dachte mit ruhiger Ueberlegung an seine Frau.

Das war so, er wußte nicht recht wie, über ihn gekommen. Er sah Jeanne vor sich zur Zeit, als er ihr den Hof machte. Zuerst waren sie einander in Paris begegnet, hatten sich dann zwei- oder dreimal wiedergesehen, und dann hatte er sie eines Tages in Beauvais besucht.

Er hatte sich Mut gefaßt und um ihre Hand angehalten. Die bestürzten Leute hatten ihre Antwort hinausgeschoben. Jeanne selber war ein wenig überrascht gewesen.

Er hatte nicht locker gelassen. Er war eigensinnig! Nachdem sie einige Monate verlobt gewesen, hatte man sie verheiratet, um einen Skandal zu vermeiden, denn sie hatte gestanden, daß sie schwanger war.

Der Vater hatte keine theatralische Szene gemacht. Er hatte sich damit begnügt, zur Post zu gehen und ein Telegramm aufzugeben:

„Kommen Sie — bewilligen Heirat in einem Monat."

Die beiden jungen Leute waren glücklich. Das hatten sie ja gewünscht . . . Wahrhaftig, sie waren glücklich gewesen! dachte Magneux jetzt.

Das Kind wurde tot geboren — eine Frühgeburt. Magneux erinnerte sich, daß er es als eine Befreiung empfunden, daß hingegen die junge Mutter sehr darunter gelitten hatte.

Vielleicht war dies sogar ein wenig die Ursache der bald folgenden Mißverständnisse.

„Ja," überlegte er, „das mag sein."

Aber da diese Erinnerungen ihn verstimmten, zog er es vor, sich die ersten Briefe während des Krieges zu vergegenwärtigen. Er kramte sie aus der Kiste hervor, die seine Habseligkeiten enthielt und unter seinem Bett stand. Er besaß noch alle Briefe, etwa vierzig. Auch zwei Photographien von ihr waren dabei.

Plötzlich fragte er sich, ob er sie damals auch wirklich genug lieb gehabt hätte, und gestand sich beschämt ein, daß dem nicht so gewesen.

„Und werde ich sie jetzt aufrichtiger lieben?"

Und sie? Würde sie ihn wieder lieb haben?

Sie schien ihn nicht so sehr zu hassen, wie sie bei der Trennung behauptet hatte. Nachdem sich der Zorn einmal gelegt hatte, empfand sie vielleicht ein Bedauern . . .

Ob es also möglich wäre, diese so dumm verpfuschte Vergangenheit wieder gut zu machen?

„Ja," bestätigten die Erinnerungen, die sich als Zeugen meldeten. Während eines Urlaubs hatten sie eine Begegnung verabredet. Sie war reizend gewesen. Ebenso hübsch wie früher, und sie sah weniger hochmütig aus.

Oh, wie gern wäre er an jenem Tage länger mit ihr zusammen geblieben!

Er hatte jedoch nicht gewagt, sie darum zu bitten . . .

Er hatte sie zum Zuge begleitet. Noch eine andere angenehme Erinnerung kehrte ihm jetzt wieder.

Aus einem Fenster der zweiten Klasse winkte eine feine Hand freundlich heraus — eher ein „auf Wiedersehen" als einen Abschiedsgruß.

Bei diesen Erinnerungen begann er leise zu lächeln.

(Fortsetzung folgt.)